Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 13. Mai 1879. Nr. 220

Deutscher Reichstag.

43. Plenar-Sitzung vom 12. Mai.

Präsident Dr v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Bundesrathstische: Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann und mehrere Regierungskommissare.

Tagesordnung:

I. Fortsetzung der 1. Berathung über die Tabaksteuervorlagen.

Abg. v. Schmid-Würtemberg bemerkt zuvörderst, daß mit einer einseitigen Interessenvertretung eine Steuerreform nicht durchführbar sei. Deshalb werde man sich auf den Standpunkt der beiden Abgeordneten aus Baden schwerlich stellen können. Es sei nur eine ausgleichende Gerechtigkeit, wenn man den Tabak höher besteuere. In Würtemberg fasse man diese Frage auch nicht vom einseitigen Interessenstandpunkt auf. Er sei ein Gegner des Monopols. Er schätze die Vortheile desselben, aber ihm seien auch die Hindernisse, die der Einführung des Monopols entgegenstehen, sehr wohl bekannt. Auch müsse er ausdrücklich konstatiren, daß ein großer Theil seiner politischen Freunde (der deutschen Reichspartei) Gegner des Monopols seien. Redner ergeht sich sodann in längeren Ausführungen über die finanzielle Lage des Reichs und der einzelnen Bundesstaaten, speziell der Würtembergs. Die Ausgaben hätten sich in diesen letzteren, ebenso wie im Reiche in den letzten Jahren erheblich gesteigert, während die Einnahmen sich vermindert hätten. Die Defizits im Reiche und in den Einzelstaaten müßten endlich fortfallen. Er warnt vor einer dilatorischen Behandlung dieser Vorlagen, das Damoklesschwert, das bis jetzt über der Tabaksindustrie geschwebt, müsse beseitigt werden. Er sei für das Gewichtssteuersystem. Dieses habe den Vorzug, daß es sich am nächsten an das gegebene Steuersystem anschließt, daß es die nothwendigen Kontrollmaßregeln erleichtert und, was die Hauptsache sei, es lasse die Richtung auch nach anderen Systemen offen. Redner hält die von der Regierung aufgestellte Rechnung für richtig. Die Kommission werde sich mit der Frage zu beschäftigen haben, ob die Steuer nicht ausschließlich den Fabrikanten aufzuerlegen sei. Spreche man diesen Grundsatz aus, dann seien sehr viele Schwierigkeiten mit einem Schlage beseitigt. Die Licenzsteuer finde auch in seiner Partei wenig Sympathie, auch falle diese Steuer ja finanziell wenig ins Gewicht. Was die Nachsteuer anlange, so lasse sich nicht leugnen, daß der Import von Tabak seit dem 1. Juli v. J. in ganz unverhältnißmäßigem Maße zugenommen; die Sätze dieser Nachsteuer seien aber zu hoch gegriffen. Es werde sich aber wohl ein Boden der Vermittelung finden lassen.

Abg. Meyer-Schaumburg: Er habe sich mit der Frage schon seit Jahren sehr lebhaft beschäftigt. Der Finanzminister Hobrecht habe die Gewichtssteuer als das allein richtige Steuersystem bezeichnet, ohne sich als eigentlicher Gegner des Monopols hinzustellen. Er (Redner) wünsche aber dringend, daß der Reichstag durch sein Votum das Monopol ein für allemal von der Tagesordnung entferne. Redner giebt der Fabrikatsteuer, wie sie in Amerika besteht, den Vorzug. Er kenne die Verhältnisse in Amerika sehr genau, habe sogar dort eine Privatenquete anstellen lassen, und er sei der festen Ueberzeugung, daß es unendlich viel leichter sei, dieselbe Kontrolle, wie sie in Amerika besteht, bei uns einzuführen, als dies dort der Fall gewesen sei. Diese Steuer hätte den Vortheil gehabt, daß man klein beginnen und allmählich weiter gehen könne, ohne den Verkehr zu schädigen. — Er wolle den deutschen Tabaksbau gern schützen, doch würde es sich empfehlen, denselben zu kontingentiren, damit der Tabaksbau nicht in zu großem Maße zunehme. Mit der Steigerung der Preise für ausländischen Tabak habe sich die Tabaksanpflanzung bei uns erheblich ausgedehnt. Redner berechnet diese auf 100 Prozent in dem letzten Jahrzehnt. Durch die Annahme der Vorlage werde die Tabakskultur in Deutschland einen noch größeren Umfang annehmen und der Getreidebau noch mehr geschädigt werden. Die Licenzsteuer sei völlig unannehmbar. Dieselbe sei so veratorisch, so inquisitorisch, sie erhalte die Unruhe in diesem Industriezweige in so hohem Maße, weil man sich sagen müsse, dahinter lauert doch das Monopol, daß der Reichstag dieser Steuer nicht zustimmen darf. Die Erhebung einer Nachsteuer würde in der Tabaksindustrie einen großen Nothstand hervorrufen, sie würde das kleine Gewerbe vollständig ruiniren. Redner erklärt sich bereit, einer Erhöhung der Tabakssteuer zuzustimmen. Die vorgeschlagenen Sätze seien aber zu hoch und würden deshalb ermäßigt werden müssen. Er erklärt sich aber gegen die Nachsteuer, ganz entschieden aber gegen die Licenzsteuer.

Bundeskommissar Geh. Rath Schomer: Die Regierung sei der Ansicht, daß nach Annahme der Vorlage die Verhältnisse in Deutschland sich so gestalten würden, daß der eigentliche Tabakspflanzer gar nicht zur Steuer herangezogen werde. Die Licenzsteuer sei eine fast allgemeine Einrichtung, sie bestehe überall, wo man einen höheren Ertrag aus der Tabakssteuer erzielen wolle, ohne das Monopol zu haben. Die Nachsteuer sei nothwendig schon mit Rücksicht auf diejenigen Fabrikanten, die für den Export arbeiten, da der Bundesrath sonst gar nicht in der Lage wäre, die Rückvergütungssätze zu bewilligen. Außerdem sei aber auch aus finanziellen Gründen die Erhebung einer Nachsteuer eine Nothwendigkeit.

Abg. Sender: Die Annahme dieser Vorlage würde einer Vernichtung des inländischen Tabaksbaues gleichkommen. Aus Rücksicht für die Landwirthschaft müsse er sich deshalb entschieden gegen die Vorlage aussprechen. Die Ausführungen des Abg. von Schmid gipfelten in dem Satze: Wir brauchen so viel Geld, ergo muß die Steuer vermehrt werden. Das sei aber eine ganz falsche Finanzpolitik. In erster Linie müsse doch gefragt werden: Sind denn die Steuerzahler im Stande, ohne Nachtheil für die Existenz solche erhöhten Anforderungen zu erfüllen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei das ganz unmöglich, doch solle nicht in Abrede gestellt werden, daß die bestehenden Sätze einer Steigerung fähig seien. Es handle sich hier aber nicht blos um den Tabaksbau, sondern zugleich um den Tabakshandel, um die Tabaksindustrie, es handle sich um Hunderttausende deutscher Staatsbürger, und was diese letzteren treffe, treffe indirekt auch den Tabaksbau. Es sei also falsch, von einem einseitigen Interessenstandpunkt zu sprechen. Die Licenzsteuer präsentire sich als eine Doppelbesteuerung. Die Tabaksfabrikanten müßten ja Gewerbesteuer bezahlen und werden dabei schon ganz tüchtig angezapft. Redner hofft von dem Reichstage, daß er es sich zur Aufgabe machen werde, auf der Grundlage geringerer Sätze einen Ausgleich der verschiedenen Interessen herbeizuführen. Es handle sich hier um eine große Aufgabe, möge es gelingen, dem Reiche aus dem Tabak so viel zuzuführen; aber fordere man nicht zu viel, denn keine Zeit sei so wenig geeignet gewesen, die Steuerschraube anzuziehen, als die gegenwärtige.

Abg. Fritzsche: Zum ersten Male sei die Erscheinung zu Tage getreten, daß die von dieser Steuer Betroffenen erklärten, wir wollen schon gerne den höheren Steuersatz zahlen, macht nur, daß die Sache zu Ende kommt. Das mache der siebenjährige Krieg, den die Regierung gegen die Tabaksindustrie geführt habe. Sein Standpunkt sei der, daß auf dem Militärgebiet gespart werden müsse; eine Steuervermehrung würde dann nicht nothwendig sein. Jetzt wolle man eine Steuervermehrung, um nach Ablauf des Septennats neue Mittel für Militärausgaben in der Hand zu haben. Durch diese Steuer werden vorzugsweise die kleinen Leute getroffen, die Arbeiter, die Beamten, diejenigen, von denen der Reichskanzler sagt, sie säen nicht, sie ernten nicht und gehen doch gut gekleidet. Nutzen von dieser Steuer werden die Großindustriellen haben. Als Gegner der indirekten Steuer erkläre er sich gegen die Vorlage. Die Tabaksteuer werde gerade den billigen Tabak um 150 Prozent vertheuern. Man sehe daran, wie ungerecht es ist, die indirekten Steuern noch weiter auszudehnen. Redner führt dann weiter aus, welche großen Nachtheile in volkswirthschaftlicher Beziehung dem gesammten Volksleben und der Tabaksindustrie im besonderen durch diese Steuer zugefügt werden müssen. In einer Zeit, wo die Tabaksindustrie darniederliege, wo der Arbeitslohn um mehr als 100 pCt. zurückgegangen, komme man mit einem solchen Gesetz; wie die Verhältnisse in den Tabaksarbeiterkreisen sich in den letzten Jahren gestaltet, könne nur der wissen, der, wie er, an der Spitze der Krankenkasse stehe. Von Jahr zu Jahr seien die Ausgaben gestiegen, seit Jahren mußten Tausende von Mark zugesetzt werden und es sei zu befürchten, daß nach Annahme dieser Vorlage ein Bankerott unausbleiblich sein werde. Aehnlich seien die Verhältnisse in der Tabaksindustrie. Die Kreditverhältnisse seien so erschüttert, daß zahlreiche Bankerotte nicht zu vermeiden sein werden. Redner erinnert daran, daß die preußische Regierung im Jahre 1865 im preußischen Abgeordnetenhause die Erklärung abgegeben, die Erhebung der Steuer beruhe auf der Erfahrung. Diese habe gezeigt, daß die Verminderung einer Steuer auf nothwendige Verbrauchsgegenstände den Verbrauch vermehre, die Erhöhung dagegen vermindere. In England habe der Verbrauch an Tabak nach Einführung der erhöhten Steuer fast um die Hälfte abgenommen. Redner hält diesen Ausspruch für durchaus zutreffend. Die erhöhte Tabakssteuer werde ein gleiches Resultat herbeiführen und die Noth des Arbeiterstandes noch weiter vermehren. Redner stellt einen Antrag in Aussicht, der eine Beseitigung der Zuchthausarbeit in der Tabaksbranche fordern soll und bittet zum Schluß um Ablehnung dieses Untergrabungsgesetzes.

Abg. Dr. Buhl ist der Ansicht, daß der Tabak bei der Steuerreform nicht umgangen werden kann. Die Vorlage selbst biete aber in einer Reihe von Bestimmungen sehr schwere Bedenken, einige Bestimmungen seien geradezu unbegreiflich. Dies gelte namentlich von den Bestimmungen über die Nachsteuer. Allerdings werde man die Nachsteuer schwerlich ganz beseitigen können, aber es müsse für den Uebergang eine Erleichterung geschaffen werden. Es müßte mit einem niederen Satze angefangen werden und die Steigerung in der Weise erfolgen, [illegible] im nächsten Jahre etwa 30, im nächsten 35, [illegible] 40, 45 bis zum Maximal von 50 M. er[illegible] würden. Dieses System der Staffelsätze [illegible] nicht nur den Uebergang erleichtern, sondern auch den Konsum weniger beeinträchtigen.

Abg. Kopfer (wegen der Unruhe des Hauses schwer verständlich) wendet sich gegen die von dem Vorredner vorgeschlagene stufenweise Erhöhung der Steuer, weil eine solche Unsicherheit des Zustandes einer gesunden Entwickelung der Industrie zuwider sei. Er bekämpft ferner die Kontigentirung des Tabaksbaues, die ebenso unzulässig sei, wie etwa eine Beschränkung der Einfuhr. Ein Ausgleich mit der Zuckersteuer sei nicht geboten, denn die Zuckersteuer treffe den großen Fabrikanten, die Tabakssteuer aber Tausende von kleinen Gewerbetreibenden. Die Industrie dürfe man nicht ruiniren, während man der Noth auf anderen Gebieten abzuhelfen suche. Redner wendet sich sodann gegen alle aus finanziellen Rücksichten für die Tabakssteuervorlagen angeführten Gründe, indem er meint, daß der Finanznoth durch Ersparnisse, namentlich beim Militäretat, abgeholfen werden müsse. Die Regierung verfolge in Wahrheit noch immer das Ziel des Monopols, und es wäre besser, wenn sie dies wenigstens offen erklärte. Bei der großen Ausbildung, die unsere Tabaksindustrie erreicht habe, sei aber die Einführung des Monopols ganz unzuträglich. Redner kritisirt sodann die einzelnen Bestimmungen der Vorlage, namentlich die Kontroll-Vorschriften für die Steuer auf inländischen Tabak, die er unerträglich und bei niedrigeren Zollsätzen überflüssig findet. Die Hausindustrie, die sich neben dem Tabaksbau mit Herstellung von Fabrikaten befasse, könne unter dieser Kontrolle nicht bestehen. Durch die Haftung für die Steuer seitens des Bauern werde für diesen der Tabak unverkäuflich, so daß der Tabaksbau in ganz Süddeutschland sehr zurückgehen werde.

Abg. v. Puttkamer (Löwenberg) erklärt sich für das Gesetz; bemerkt aber, daß dies Votum nicht die Bedeutung habe, daß damit die finanzielle Gesetzgebung, soweit sie den Tabak betrifft, abgeschlossen sei. Der Reichstag stehe jetzt vor dem schweren Problem, aus dem Tabak einen möglichst hohen finanziellen Ertrag zu erzielen, aber dennoch die legitimen Interessen der Industrie und Landwirthschaft zu schonen; die Gegenwart büße jetzt, was man seit 50 Jahren versäumt habe. Nur die Zwangslage bringe ihn, den Redner, dahin, die Form der Vorlage vorbehaltlich mancher Aenderungen, im Großen und Ganzen zu acceptiren. Die Hauptfehler seien, daß die verschiedenwerthigen Tabake mit einem gleichen Satze besteuert werden und daß man sich an den hülf- und wehrlosesten Steuerzahler, an den Pflanzer halte; das sei kaum rationell. In dem Moment, wo der Pflanzer seine Ernte verkauft, sollte die Steuer bezahlt werden; sonst werde ein Kampf eintreten zwischen Pflanzer und Händler, wobei der erstere große Gefahr laufe, so große Gefahr, daß ihm der ganze Tabaksbau verleidet werde. Redner sucht dann dem Abg. Lasker in seinen Ausführungen betreffs der Grundsteuer gegen den Reichskanzler Irrthümer nachzuweisen. Er meint, daß es sich nicht um ein Geschenk an den Grundbesitz handle von einer Milliarde, sondern die Grundsteuer solle nur den Kommunen übertragen werden, an einen Erlaß sei nicht gedacht. Außerdem sei 1861 bei der Grundsteuerregulirung den in der Grundsteuer Erhöhten entweder gar keine, oder nur eine geringere Entschädigung gegeben, als Lasker mitgetheilt habe: nämlich der neunfache Betrag, nicht der dreizehnfache. Mit Unrecht habe deshalb gerade Lasker von Uebertreibungen gesprochen. Wenn aber Ueberschüsse aus der neuen Finanzpolitik erzielt würden, dann solle man zuerst das in der Thronrede Versprochene erfüllen: Erlaß derjenigen Steuern, die am schwersten aufzubringen sind. Diese Hoffnung der Nation dürfe nicht getäuscht werden. (Hört!) Geschehe dies nicht, so sei das nicht nur eine öffentliche Kalamität, sondern ein Stoß in's Herz des monarchischen Prinzips. Gehe diese Verheißung in Erfüllung, so werde jeder Betheiligte sagen können: Er habe mitgewirkt an einer großen und heilsamen Reform. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Richter (Hagen): Es liegt mir daran, zu konstatiren, daß, zumal nach der Rede des Abg. v. Puttkamer, meine Partei in der zweitägigen Debatte nicht zum Wort gekommen ist.

Abg. Lasker bemerkt, daß er nicht von einer Entschädigung der 1861 in der Grundsteuer erhöhten, sondern der damals auf Grund eines Rechtstitels oder sonst steuerfreien Grundbesitzer gesprochen habe; außerdem habe er vom Erlaß der Grundsteuer gesprochen, die ein Geschenk für die Grundbesitzer enthalte, nicht von der Uebertragung derselben auf die Kommunalverbände.

Der Gesetzentwurf wird darauf einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 4½ Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

T.-O.: Uebergang von Geschäften auf das Reichsgericht; Konvention wegen des Negerhandels; Wahlprüfungen und Petitionen.

Deutschland.

** Berlin, 12. Mai. Die Abstimmung über die Geschäftsbehandlung der Tarifvorlage im Reichstage giebt, wie übrigens auch die „Nat.-Ztg." zugesteht, einen ziemlich sicheren Anhalt für das Schicksal der Vorlage im Ganzen. Es ist allerdings in Betracht zu ziehen, daß eine eigentliche Sonderung zwischen Freunden und Gegnern der Zollreform bei der Abstimmung über die geschäftliche Behandlung noch nicht einzutreten brauchte. Es handelte sich einstweilen nur um den Antrag der volkswirthschaftlichen Vereinigung einerseits und um den Antrag des Abg. Rickert, welchem der Abg. v. Bennigsen und seine Anhänger mit einer geringen Modifikation sich angeschlossen hatten, andererseits. Wenn trotzdem schon bei dieser Entscheidung eine Mehrheit von etwa 20 Stimmen für den Antrag der volkswirthschaftlichen Vereinigung, den der Vorlage günstigsten, hervortrat, so darf man annehmen, daß bei den materiellen Entscheidungen, für welche Herr von Bennigsen sein und seiner Freunde Zusammenwirken mit der Regierung in Aussicht gestellt hat, die Mehrheit eine bedeutend größere sein wird, abgesehen natürlich von Schwankungen im Einzelnen.

Ein übelberufener Sensationskorrespondent, der namentlich in österreichischen und Frankfurter Blättern sein Wesen treibt, weiß von den angeblichen Verhandlungen des Fürsten Bismarck und Windthorst bereits ganz genau die Grundlage anzugeben, auf welcher der Centrumsführer abzuschließen bereit wäre. Das ganze Gewebe wüster Konjektur erledigt sich dadurch, daß solche Verhandlungen weder geführt worden, noch in irgend einer Weise in Aussicht genommen sind.

In der Vorlage über die Erhebung einer statistischen Gebühr von Waarenverkehr, welche am Sonnabend auf der Tagesordnung des Bundesraths stand, sind diejenigen Gesichtspunkte in Berücksichtigung gezogen worden, welche in der vorigen Reichstagssession bei Berathung des analogen Gesetzentwurfs aufgestellt waren.

Der „Weser-Ztg." wird aus Berlin telegraphirt, dem Vernehmen nach beständen im Bun-

desraths erhebliche Bedenken gegen die Ausdehnung der ursprünglich nur für Tabak vorgeschlagenen Sperrmaßregeln auf die übrigen Zollerhöhungen. Von zuständiger Seite wird mir versichert, daß im Bundesrath nicht das geringste derartige Bedenken verlautbart worden ist.

In Bezug au die Vorlage in Betreff der Erwerbung des Razcynski'schen Grundstücks für das Reichstagsgebäude höre ich, daß dieselbe in den nächsten Tagen von den Ausschüssen an den Bundesrath zurückgehen wird und daß der Bundesrath in seiner nächsten Sitzung sich mit dem Gegenstand beschäftigen dürfte.

In fortschrittlichen Blättern spielt augenblicklich ein Geheimrath eine Rolle, der berechnet haben soll, daß ihm sein Hausstand nach Einführung des neuen Zolltarifs 500 M. mehr kosten werde. Es muß das ein sehr gescheidter Mann sein, dieser Geheimrath, weit klüger als alle Fachmänner und Industriellen, denn bis jetzt erklären die größten Autoritäten, daß sie die Folgen der neuen Gesetzgebung nicht vorauszusehen vermögen, und ebenso versichern die bedeutendsten Kaufleute, noch durchaus nicht zu wissen, wie sich der etwaige Aufschlag auf einzelne Waaren unter den künftigen Konjunkturen im Anfang, und noch viel weniger, wie er sich auf die Dauer gestalten werde. Ein Geheimrath, der im Voraus so sicher einen Zuschlag von 500 M. auf seine Ausgaben berechnen kann, muß jedenfalls einen Hausstand führen, der nicht blos vom Geheimrathsgehalt bestritten wird. Vielleicht ist es ein Geheimer Kommerzienrath, oder es ist vielleicht bei jener Angabe gar nicht wirklich der Hausstand eines Geheimraths, sondern der eines Assessors a. D. mit glänzenden Einnahmen zu Grunde gelegt worden.

Berlin, 12. Mai. Das gestern in parlamentarischen Kreisen verbreitete Gerücht, der Bundesrath habe dem Gesetzentwurf betreffend die provisorische Einführung von Aenderungen des Zolltarifs bereits seine Zustimmung ertheilt, eilt den Thatsachen voraus. Gestern Mittag sind erst die Ausschüsse für Justizwesen und für Zoll- und Steuerwesen zur Berathung der Vorlage zusammengetreten und haben dieselbe unverändert angenommen. Der Gesetzentwurf wird daher kaum früher, als in den letzten Tagen dieser Woche dem Reichstage vorgelegt werden.

Man hat diesen Gesetzentwurf im Anfange für ziemlich harmlos gehalten, ist aber inzwischen dahinter gekommen, daß er seine sehr bedenklichen Seiten hat. Es sieht ganz unverfänglich aus, daß eine einmalige Berathung im Reichstage genügen soll und durch absolute Stimmenmehrheit beschlossen werden kann, Berathung und Abstimmung an demselben Tage stattfinden zu lassen, an welchem der Antrag schriftlich eingebracht ist. Da aber in dem Gesetzentwurf diejenigen Artikel, auf welche die Regierung die vorläufige Zollerhebung anzuwenden beabsichtigt, nicht speziell bezeichnet sind, so liegt hier die Gefahr vor, daß der Reichstag, vermöge des einmal zugestandenen abgekürzten Verfahrens, mit Zöllen aller Art im vollsten Sinne des Wortes überrumpelt werden kann. Daß die Regierung verspricht, im Falle der nachträglichen Nichtgenehmigung des vorläufigen Steuersatzes das zu viel erhobene Geld zurückzuzahlen, mag eine ganz gut gemeinte Garantie sein, läßt sich aber thatsächlich in vielen Fällen gar nicht verwirklichen. Gesetzt z. B., es wird ein vorläufiger Zoll auf Petroleum gutgeheißen und nach 2 Monaten aber durch Reichstagsbeschluß auf die Hälfte herabgesetzt, so kann die Regierung zwar dem Importeur die zu viel bezahlte Steuer zurückgewähren, nicht aber den Millionen Konsumenten, die mittlerweile das Petroleum so viel theurer haben bezahlen müssen, geschweige könnte sie Diejenigen entschädigen, die das bereits im Inlande vorhandene Petroleum, welches ja sofort um den Betrag des Zolles im Preise steigen wird, zu diesem gestiegenen Preise inzwischen konsumirt haben. Das ist aber nicht das einzige Bedenken gegen den neuen Gesetzentwurf. Gesetzt, die Regierung schlüge die provisorische Einführung der Eisenzölle vor und eine Majorität, die sich ja jetzt unzweifelhaft fände, beschlösse die sofortige Berathung und in der nächsten Stunde schon die Annahme des Regierungsvorschlages, so wären die Eisenzölle eine Thatsache, noch bevor irgend eine ernsthafte Prüfung ihrer Zweckmäßigkeit oder Nothwendigkeit im Reichstage stattgefunden. Bestätigt es sich also, daß die Ausschüsse des Bundesraths die Vorlage unverändert angenommen haben, so wird es Sache des Bundesraths sein, sie abzuändern, denn in der vorliegenden Form dürfte der Reichstag sie um so weniger gutheißen, als sie sogar, indem sie seine Geschäftsordnung ändern will, in seine eigenste Autonomie eingreift, da ja Aenderungen der Geschäftsordnung angesichts des Artikels 27 der Verfassung unzweifelhaft interne Angelegenheiten des Reichstags sind. Vor Allem nothwendig wird es also sein, ganz genau in dem Gesetzentwurf diejenigen Artikel zu bezeichnen, auf welche die Regierung die neuen Zollsätze sofort angewendet wissen will.

Der vom Reichstage beschlossene Gesetzentwurf betreffend das Pensionsverhältniß mehrerer Beamten der Postverwaltung, sowie der Antrag des Justiz-Ausschusses betreffend die Evidenthaltung der Personenstandsregister wurde vom Bundesrath angenommen. Auf Grund der Berichte des Ausschusses für Handel und Verkehr kamen zur Annahme die Vorlagen betreffend den Entwurf eines Nachtrags zur Geschäftsordnung für das Oberseeamt, ferner der Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Spinnereien, womit die bezüglichen Petitionen für erledigt erklärt wurden. Endlich fanden die Beschlüsse des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen zu den Entwürfen von Gesetzen über das niedere Unterrichtswesen und wegen Beschränkung der Baufreiheit in den neuen Stadttheilen zu Straßburg die Zustimmung des Bundesraths. Ernennung von Kommissarien für Berathung von Vorlagen im Reichstage und die Vorlegung von Eingaben machten den Schluß.

— Der Reichstag hat es bekanntlich abgelehnt, in das Gesetz über die Erwerbung der preußischen Staatsdruckerei für das Reich auch bereits den Etat für die künftige „Reichsdruckerei" aufzunehmen. Der Reichskanzler wird also eine besondere Vorlage als Nachtragsetat einbringen müssen. An Beamten sind für die Reichsdruckerei vorgesehen: 1 Direktor mit 8700 Mark Gehalt, 1 Stellvertreter des Direktors mit 6000 Mark, 2 Betriebsinspektoren mit je 5400 Mark, 1 Rendant mit 4500 Mark, 6 Kalkulatoren, Sekretäre und Materialienverwalter mit 2100 bis 4200 Mark und 1 Oberdrucker (künftig wegfallend) 1200 Mark. Für ständige Werkleute sind pro 1879—80 91,300 Mark ausgebracht, für Löhnungen der vorübergehend beschäftigten Werkleute, Arbeiter ꝛc. 691,400 Mark und zu außerordentlichen Bewilligungen und Unterstützungen für Beamte und ständige Werkleute 4800 Mark, außerdem für Beiträge zu den Kranken- und Unterstützungskassen u. s. w. 11,500 Mark. Die Gesammteinnahme der Reichsdruckerei für 1879 bis 80 ist veranschlagt auf 3,312,500 Mark, die Gesammtausgabe auf 2,107,060 Mark, mithin der Ueberschuß auf 1,105,440 M. Daß übrigens die Konkurrenz der Reichsdruckerei den Privatdruckereien doch nicht so ganz ungefährlich sein wird, geht aus der dem Etatsentwurfe beigefügten Denkschrift klar genug hervor. Danach ist die Reichsdruckerei zwar in erster Linie zu unmittelbaren Zwecken des Reiches und der einzeluen Bundesstaaten bestimmt, sie soll indessen auch ermächtigt sein, Arbeiten von städtischen Behörden ꝛc., Korporationen, sowie solche Arbeiten zu übernehmen, deren technische Herstellung in Deutschland nur mit den der Reichsdruckerei eigenthümlichen Verfahrungsweisen und Hülfsmitteln erreichbar ist. Ferner aber soll sie auch die Befugniß erhalten, von Privatpersonen Werke, deren Verbreitung wissenschaftliche oder Kunstinteressen wesentlich zu fördern geeignet sind, ausnahmsweise zum Druck anzunehmen.

Provinzielles.

Stettin, 13. Mai. Ueber die traurige Lage der Schiffsbauer an der Nord- und Ostsee und die gedrückten Verhältnisse der Rhederei dürften folgende speziellere Angaben von Interesse sein. In 21 deutschen Küstenplätzen, an welchen 1878 noch gebaut wurde, von Papenburg bis Memel, hat sich für die letzten 5—7 Jahre eine Abnahme der Neubauten um durchschnittlich 45 pCt. ergeben. Außerdem hat der Schiffsbau an mehreren Stellen, wo derselbe ehemals lebhaft betrieben wurde, wie in Pillau, Rügenwalde und Elbing, ganz aufgehört; er ruht in Elsfleth, Lübeck, Wolgast und Danzig. In Greifswald sind von den dortigen Schiffswerften 3 eingegangen. Die meisten Werften des Weserdistrikts haben die Arbeit eingestellt, weil es unmöglich ist, Neubauten auch nur zum Selbstkostenpreise zu verkaufen. In Stralsund, wo in den letzten Jahren für 3,209,620 M. Neubauten ausgeführt wurden, ist 1878 der Neubau von früher jährlich 13 auf 4 Schiffe zurückgegangen. In Rostock hat seit 1877 der Bau hölzerner Schiffe ganz aufgehört und ist auf keiner mecklenburgischen Werft ein Neubau mehr bestellt worden. Von Stettin bis Memel ist der Neubau eines Schiffes eine Seltenheit, die Helgen stehen verödet, ein Theil der Baumeister hat Bankerott gemacht.

— Dem praktischen Arzt und Kreis-Wundarzt Herrn Dr. L o e w e hierselbst ist der Charakter als Sanitätsrath verliehen.

— Wie uns mitgetheilt wird, ist die Anzeige, daß auf dem Pferdemarkt auch am Montag Nachmittag Konzert stattfinden werde, g e g e n die Bestimmung des Comités und nur durch ein Versehen beim Drucke der Plakate erfolgt, das im Drange der vielen Geschäfte leider nicht mehr abgeändert werden konnte. Auch in den früheren Jahren fand am dritten Tage ein Konzert nicht statt.

Greifswald, 11. Mai. Am 24. August (Sonntag) wird hier der erste pommersche Feuerwehrtag abgehalten werden. Soweit das Programm bis jetzt festgestellt ist, wird der Empfang der Gäste auf dem hiesigen Bahnhofe am 23. stattfinden, Abends eine freie Vereinigung in einem hiesigen größeren Gartenlokale. — Am 24. werden von früh an die Löschgeräthschaften der Greifswalder Feuerwehr zur Besichtigung ausgestellt sein. Im Laufe des Vormittags wird alsdann die Ausschußsitzung der Delegirten abgehalten werden, nach deren Beendigung — etwa in der Mittagsstunde — die Greifswalder Feuerwehr eine Uebung am Rathhause von der Seite des großen Marktes aus vornehmen wird.

Inwieweit sich an diese, vornehmlich die Vereinsinteressen fördernden Punkte des Programms andere anreihen werden, welche der Besichtigung unserer Stadt und geselligen Zwecken gewidmet sind, können wir erst nach Fertigstellung des speziellen Programms mittheilen.

Die zur Ausgabe gelangenden Theilnehmerkarten — Preis 1 Mk. — werden zur Theilnahme an der Ausschußsitzung, zu den reservirten Plätzen bei der Uebung und zum freien Eintritt zu den Konzerten und sonstigen Veranstaltungen berechtigen, wogegen eine Eintrittskarte für einen einzelnen Theil des Programms 50 Pf. kosten wird.

Vermischtes.

— In einem der letzten Hefte der „Mittheilungen aus Justus Perthes' geographischer Anstalt über wichtige neue Erforschungen auf dem Gesammtgebiete der Geographie" findet sich ein interessanter Bericht über die gegenwärtige Bevölkerung der Erde, dem wir Folgendes entnehmen: Die Bevölkerung auf der gesammten Erdoberfläche betrug im Jahre 1877 1429,145,000 Menschen auf einem Flächenraum von 134,460,000 Quadrat-Kilometer; sonach treffen auf 1 Quadrat-Kilometer durchschnittlich 10,7 Bewohner. Auf die einzelnen Erdtheile vertheilen sich diese Bewohner also: auf Europa treffen ca. 312,398,480, auf Asien 813,000,000, auf Afrika 205,219,500, auf Australien und dessen Inseln 4,411,309 und auf Amerika 86,116,000. Vom Jahre 1875 bis 1877 ist die Gesammt-Bevölkerung um 42 Millionen Menschen gestiegen. Dieser Zuwachs fällt jedoch nicht lediglich auf die weit größere Zahl der Geburten als der Sterbefälle, sondern rührt zum Theil von einer genaueren Zählung, vorzüglich in Indien und Europa her, sowie von einer größeren Kenntniß verschiedener Gegenden, die bisher mehr oder weniger unbekannt waren. Indem wir von einer speziellen Vertheilung der Erdbewohner auf die einzelneu Länder der übrigen Erdtheile absehen, geben wir nur die Bevölkerung der Staaten Europas an. Nach jenem Berichte zählte Belgien im Jahre 1877 5,336,185 Einwohner, die Niederlande 3,865,456, England 34,242,966, Italien 27,769,475, Deutschland 42,727,360, Frankreich 36,905,788, die Schweiz 2,759,854, Oesterreich-Ungarn 37,350,000, Däuemark 1,903,000, Spanien 16,526,511, Portugal 4,057,538, Griechenland 1,457,894, Europäische Türkei ohne Tributstaaten 9,573,000, Rußland (das europäische) 72,392,927, Schweden und Norwegen 6,237,268 Einwohner. Vergleicht man die Anzahl der Männer mit jener der Frauen, d. h. der erwachsenen Personen männlichen mit denen weiblichen Geschlechts, so treffen auf je 1000 Männer auf den canarischen Inseln 1208 Frauen, in Schweden 1064, in der Schweiz 1045, in England 1043, in Deutschland 1037, in Oesterreich 1024, in Rußland 1022, in Spanien 1016, in Frankreich 1007, in Italien 989, in Belgien 985, in Griechenland 983, am Aequator 1139, in Nordamerika 978, in Brasilien 938, in Egypten 1025, in Japan 971, in Sibirien 934. Während in Afrika, Amerika, Asien und Australien die Anzahl der erwachsenen Personen weiblichen Geschlechts geringer ist, als die der Männer, findet in Europa das Gegentheil statt und treffen durchschnittlich auf 1000 Männer 1022 Personen weiblichen Geschlechts. Es bleibt dies immerhin eine interessante Erscheiuung, weil sich nach genauen statistischen Untersuchungen in Frankreich, Deutschland, England und Belgien ergiebt, daß in Europa die männlichen Geburten zahlreicher sind als die weiblichen; es treffen nämlich auf 1000 weibliche 1066 männliche. Und diese Erscheinung steht nicht einzeln und zufällig da, sondern ist allgemein und beständig; sie wiederholt sich mit solcher Regelmäßigkeit, daß die Forscher sie als ein Naturgesetz erklären zu müssen glauben. Thomissen hat in seinem Werke: „Die Bevölkerung in ihrer [illegible]ung zu den Naturgesetzen" das Dasein eines [illegible]en providentiellen Gesetzes mit großer Klarheit [illegible]iesen, und giebt auch den Grund hiervon an, der aus der natürlichen Ordnung hergenommen ist. Es ist nach Thomissen eine größere Anzahl männlicher Geburten nothwendig, weil eine bis jetzt noch unerforschte Ursache der Sterblichkeit besteht, welche mit Vorzug Knaben trifft.

— Ein äußerst drolliges Vorkommniß ereignete sich in Altshausen in Württemberg am Sonntag aus Veranlassung dreier Taufen. Ein glücklicher Vater, der mit gerechtem Stolze ein Söhnlein zur Kirche tragen ließ, erhielt zu seinem nicht geringen Erstaunen — ein Töchterlein wieder zurück. Das wollte nun dem Vater, der seiner Sache doch so gewiß war, gar nicht passen und vergebens zerbrach er sich den Kopf, wie aus dem Buben auf einmal ein Mädchen geworden. Eine alte Tante hatte endlich einen rettenden Gedanken: „Das Kind ist verwechselt worden", sagte sie, und dem war auch so, denn das war wenigstens das Resultat der sofort angestellten Nachforschung. Durch eine neue Verwechslung wurde nun die erste glücklich ausgeglichen. Boshafte Leute behaupten nun, es sei bei dem Austausch thatsächlich nochmals eine Verwechslung vorgekommen, indem der Sprößling des dritten Vaters dem zuerst genannten ausgefolgt worden sei. Erst durch einen dritten und hoffentlich nun richtigen Umtausch soll Jeder wieder zu dem Seinigen gekommen sein.

Literarisches.

Mit dem 1. April d. J. begann **„Schalk", Blätter für deutschen Humor** (Verlag von W. Spemann in Stuttgart) ein neues Abonnement. „Schalk" hat sich in der kurzen Zeit seines halbjährigen Bestehens die Sympathie großer Kreise des besten Publikums erworben. Sein Bestreben, sich von aller Frivolität und cynischen Satyre fern zu halten, einen behaglichen, herzerquickenden Humor fördern zu helfen, und in dem Zusammenwirken der besten Kräfte auf diesem Gebiete in Wort und Bild das möglichst Beste zu bieten, findet überall gerechte Anerkennung.

Für das nächste Quartal kündigt das heitere Blatt u. A. Beiträge von: Ludwig Eichrodt, Wilhelm Jensen, Ernst Eckstein, Friedrich Bodenstedt, Julius Wolff, Schmidt-Cabanis, Heinrich Kruse, Gerh. von Amyntor, Emil Jacobson, H. Seidel, Julius Stinde, Fritz Mauthner, Emil Rittershaus, Felix Dahn, Carl Stieler, A. von Winterfeld, Carl Helmerding, Julius Lohmeyer u. v. A. an mit Original-Illustrationen von Eduard Grützner, Hugo Kauffmann, Oscar Wiesnieski, W. Simmler, Paul Meyerheim, Ludwig Burger, Carl Gehrts, Wilhelm Camphausen, F. Skarbina, C. v. Grimm, Julius Kleinmichel, Oscar Pletsch, C. Röhling, H. Hiddemann, F. Flinzer u. A. Fürwahr ein glänzender Kreis mitwirkender Kräfte. Für das nächste Quartal werden eine große Reihe besonders hervorragender Beiträge angezeigt. Wir machen alle Freunde eines gesunden Humors und Witzes und ächt künstlerischer Laune auf dieses prächtig ausgestattete, reich illustrirte Sonntagsblatt aufmerksam, das überall als ein heiterer Freund der Familie willkommen geheißen werden wird. Abonnementspreis pro Quartal 3 M. 50 Pf. Durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen. [66]

Handelsbericht.

Berlin, 12. Mai. (Bericht über Butter und Eier von J. Bergson und Alfred Orgler.)

Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin zeigte sich in verflossener Woche eine etwas regere Kauflust und wenn auch der Bedarf noch kein großer ist, so läßt sich doch eine Festigkeit in der Tendenz nicht verkennen und stellen bereits viele Produzenten höhere Preisforderungen, welche aber nur vereinzelt bewilligt wurden. Die Exportfrage nach feinsten Holsteiner und Mecklenburger Marken war in Folge flauer englischer Berichte nicht mehr so rege und Preise erlitten einen Rückgang von 3—5 Mark per 50 Kilo. Hier waren feinste, ebenso Mittelsorten, gut zu placiren; für frische geringere Qualitäten herrschte lebhafte Kauflust.

Es notiren ab Versandtorte: Feine und feinste Holsteiner und Mecklenburger 95—103 M., Mittelbutter 93 M., feine Guts- und Pächterbutter 95 bis 110 M., pommersche 78—90 M., Elbinger 71—75 M., Litthauer und ostpreußische 70—100 M., thüringische 75—80, ostfriesische 83—86 M., schlesische 78—80 M., frische galizische 68—70 M. per 50 Kilo franko hier.

Bei ziemlich lebhaftem Geschäft und reichlichen Zufuhren wurde an letzter Eierbörse mit M. 2,35 per Schock gehandelt. Heute fiel der Preis auf 2,20 M. per Schock.

Detailpreis Mark 2,30 bis Mark 2,40 per Schock.

Durchgang nach hier 780 Fässer, 410 Kisten, nach Hamburg 367 Fässer, 1832 Kisten.

Viehmarkt.

Berlin, 12. Mai. Es standen zum Verkauf: 2763 Rinder, 4855 Schweine, 1176 Kälber, 15,730 Hammel.

Das Geschäft in Rindvieh war, da die Zutrifft den Bedarf überstieg, so langsam und schleppend, daß die Händler gern vorwöchentliche Preise acceptirten. — Ganz feine Waare wurde mit 58 bis 60, Prima mit 54, Sekunda mit 48—51, Tertia mit 39—43 Mark pro 100 Pfd. Schlachtgewicht bezahlt.

Bei den Schweinen veranlaßte der geringe Auftrieb, wenn auch kein schnelleres Geschäft, so doch etwas bessere Preise, so daß für beste Mecklenburger durchschnittlich 45—46, für Landschweine 43—45 und für Russen 36—39 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht angelegt werden mußten. — Bakuner waren nicht am Markt.

Kälber brachten bei sehr langsam sich abwickelndem Geschäft je nach Qualität 40—50 Pf. pro 1 Pfd. Schlachtgewicht.

In Hammeln war, trotzdem die Zufuhr um circa 2000 Hammel geringer, das Geschäft selbst genau so flau wie vor 8 Tagen. Bezahlt wurden 40—45 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht; indessen erzielten kleinere Posten auf der Ausstellung zu Posen angekaufter Hammel auch 50 Pf.

Telegraphische Depeschen.

Stuttgart, 12. Mai. Die Vermählung des Herzogs Georg von Leuchtenberg mit der Prinzessin Therese, Tochter des Prinzen Peter von Oldenburg, hat gestern in Gegenwart des Königs und der Königin, sowie des Hofes programmmäßig stattgefunden.

Wien, 12. Mai. Die „Politische Korresp." meldet:

Aus Ragusa: Die Uebernahme von Spizza seitens Oesterreichs ist gestern feierlich erfolgt; die Truppen rückten ohne jeden Zwischenfall ein. In Suttomore wurden die österreichischen Behörden von dem montenegrischen Abgesandten im Auftrage des Fürsten Nikita begrüßt. Der Vertreter Montenegros hielt an die versammelte Bevölkerung eine Ansprache, in welcher er dieselbe zur Treue für den neuen Herrscher aufforderte. Sodann erfolgte die formelle Uebergabe unter Ziviorufen. Eine aus Susan eingetroffene Deputation bat, dem Kaiser von Oesterreich die Gefühle der Freude und unwandelbaren Treue der Bevölkerung auszudrücken. Die Ankunft anderer Deputationen zu demselben Zwecke ist angekündigt.

Rom, 12. Mai. In dem heute abgehaltenen Konsistorium wurden zu Kardinälen ernannt: Fürstbischof Fürstenberg, die Erzbischöfe Desprez, Haynald, Pir, die Bischöfe Santos-Silva, Alimonda, die Professoren Pecci, Hergenroether, Pater Newmann, der Dominikaner Zigliara, ferner 11 italienische Bischöfe, 2 englische und 2 türkische, sowie der Bischof von Cattaro, Forlani; außerdem wurden 6 Bischöfe in partibus infidelium ernannt. Die neu ernannten Kardinäle leisteten den Eid.

London, 12. Mai. Unterhaus. Unterstaatssekretär Bourke erwiderte auf eine Anfrage Barter's, ihm sei nichts von einem Uebereinkommen der Türkei mit Rußland bekannt, nach welchem erstere auf das Recht, Garnisonen im Balkan zu haben und bestimmte Plätze von Ostrumelien zu besetzen, verzichtet habe. — Der Staatssekretär der Kolonien, Hicks-Bech, erklärte, die Boers hätten ihr Lager am 18. April aufgelöst und seien friedlich heimgekehrt; die Konferenz Sir Bartle-Frère's sei günstig abgelaufen. Schatzkanzler Northcote theilte mit, daß die Pfingst-Ferien vom 27. Mai bis zum 9. Juni dauern würden.